

18.03.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12774

2. Lesung

**Gesetz zur Regelung der Folgen des Wegfalls der Personalunion zwischen der
Präsidentschaft des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen und
des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen**

Berichterstatter

Abgeordneter Martin Börschel

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/12774 - wird unverändert
angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/12774, wurde durch das Plenum am 3. März 2021 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) und zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal, an den Rechtsausschuss sowie an den Hauptausschuss überwiesen.

B Beratung

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 11. März 2021 (bei Enthaltung der AfD) für eine unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs votiert.

Der Rechtsausschuss hat in seiner Sitzung am 17. März 2021 einstimmig eine unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen.

Unser Unterausschuss Personal hat in seiner Sitzung am 16. März 2021 einstimmig für eine unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs votiert.

In der Beratung des HFA am 18. März 2021 lagen Änderungsanträge der Fraktionen zu dem Gesetzentwurf nicht vor. Wortmeldungen der Fraktionen ergaben sich nicht.

C Ergebnis

In der abschließenden Abstimmung hat der federführende HFA den Gesetzentwurf der Landesregierung am 18. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD einstimmig unverändert angenommen.

Martin Börschel
Vorsitzender